

# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn d. Handelst.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

## Stinnes gegen die Regierungspolitik.

### Der Auswärtige Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss tagte heute von 10 bis 12½ Uhr im Reichstage, um die gestern abgebrochenen Besprechungen der Londoner Konferenz zu Ende zu führen. Es kamen Vertreter der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Unabhängigen Sozialdemokraten zu Worte.

Am bemerkenswertesten war die Rede des Volksparteilichen Abgeordneten Hugo Stinnes, der in gleich scharfer Weise, wie jüngst in der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei, auch heute im Auswärtigen Ausschuss die Verhandlungsführung in London durch Dr. Simons einer Kritik unterzog. Schon gestern hatte Abgeordneter Dr. Stresemann nicht allzu sanfte Töne angeschlagen und ausgeführt, was seine Partei an der Verhandlungsführung in London sachlich auszusehen habe.

Darüber hinaus griff heute Stinnes die Außenpolitik des gesamten Kabinetts an, in der keine führende Idee zu erkennen, keine Planmäßigkeit zu finden sei. Kennzeichnend dafür sei die Ratlosigkeit innerhalb des Kabinetts unmittelbar vor der Konferenz, die Tatsache, daß man zu so wichtigen Verhandlungen einen Delegierten entsende, ohne ihm genau formulierte Vorschläge mitzugeben. Die ganze Art, wie von der Delegation in London verhandelt worden sei, lasse einen leitenden Gedanken vermischen.

Die Rede Stinnes, höflich in der Form, aber scharf in der Sache, forderte den Außenminister Dr. Simons zu einer längeren Erklärung heraus. Nicht frei von Curpfundlichkeit meinte der Minister, daß er gern von Stinnes Ratsschlüsse annehme, er müsse aber den Abg. Stinnes daran erinnern, daß er „nicht sein junger Mann“ sei. Das Rededuell Stinnes-Simons wurde vom Ausschuss und den sonstigen Vertretern der Regierung mit gespannter Aufmerksamkeit angehört.

Bei den Sozialdemokraten machte sich gegen die Ausführungen Stinnes zum Teil Widerspruch geltend. Der Sprecher der Unabhängigen, Dr. Breitscheid, aber sekundierte Stinnes, wenn auch von einem anderen Standpunkt aus. Dr. Breitscheid wiederholte im großen und ganzen, was er im Reichstage über die ungenügende Vorbereitung für die Londoner Konferenz gesagt hatte. Es sei freilich nicht möglich, innerhalb von wenigen Tagen in der Reparationsfrage ein Programm aufzustellen, nachdem man nahezu ein Jahr unbenutzt habe verstreichen lassen. Er wiederholte den Vorwurf mangelnden psychologischen Verständnisses, den er Dr. Simons im Reichstage gemacht habe.

Dem Außenminister sekundierte lediglich der Abg. Kaufmann, der für die Demokraten sprach. Die Sozialdemokraten kamen heute nicht mehr zu Worte. Ihr Vertreter Müller-Frankens hatte gestern den Außenminister gefragt, was es mit der Berufung der deutschen Botschafter in London und Paris, Stamer und Dr. Mayer, sowie des Gesandten in Brüssel, Dr. Landsberg, für eine Bewandnis habe. Es heiße, daß die drei diplomatischen Vertreter Deutschlands in den alliierten Ländern längere Zeit in Berlin bleiben sollen. Ob darin ein verhängnisvoller Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu erblicken sei. Die erwartete Antwort darauf ist heute vom Außenminister nicht gegeben worden.

Als Ergebnis der Aussprache ist der Eindruck festzustellen, den man schon nach der gestrigen Sitzung hatte. Der große Fonds von Vertrauen, den Dr. Simons besaß, ist bei allen Parteien, bei den einen mehr, bei den anderen weniger gemindert. Trotzdem hat offenbar keine Partei den Wunsch, ihn gegenwärtig durch einen anderen Außenminister zu ersetzen.

Die Aussprache über die Londoner Konferenz im Plenum des Reichstages wird morgen stattfinden und um 10 Uhr vormittags beginnen.

In der englischen Presse ist behauptet worden, der Reichsminister des Auswärtigen hätte bei seiner Abreise aus London einem Pressevertreter gegenüber geäußert, er hoffe, bald wieder zu kommen. W. T. B. ist ermächtigt, festzustellen, daß der Minister eine derartige Äußerung nicht getan hat.

### Lloyd George über Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 10. März.

Auf Angriffe der französischen Presse gegen den Grafen Sforza antworten die italienischen Zeitungen in deutlich inspirierten Berichten mit ungewöhnlicher Schärfe, während die italienische Regierung gleichzeitig in Paris auf diese Kampagne aufmerksam gemacht hat. In diesem Zusammenhang wird hier mitgeteilt, daß Lloyd George am Montag früh gesagt haben soll:

„Deutschland kann, wenn es Oberschlesien verlieren sollte, unmöglich die geforderten Entschädigungen bezahlen. Kommt Oberschlesien an Polen, so werden die Verbündeten mit ihren Geldforderungen darunter zu leiden haben

und vielleicht deutlicher als heute den Wahnsinn der Politik, die sie heute in Oberschlesien treiben, einsehen.“

Es werde, so fahren die Berichterstatter fort, einen kleinen Skandal in Paris geben, wenn man erfahren werde, daß auch Loucheur während der Verhandlungen mit Deutschland bereit war, einer Abänderung der Pariser Beschlüsse zuzustimmen.

### England und Deutschland.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

lw London, 11. März.

Im Unterhaus fand gestern eine große Auseinandersetzung über die Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland statt. Lloyd George verteidigte in eingehenden Ausführungen die Beschlüsse der Alliierten. Er suchte gegenüber dem Redner der Arbeiterpartei die Wirksamkeit der Sanktionen nachzuweisen. Gegenüber Deutschland erhob er den Vorwurf, daß seine Vertreter in London eine Regelung gar nicht ernstlich erstrebt hätten. Weiter kam er auch auf die Möglichkeit neuer Verhandlungen zu sprechen und erklärte, daß die Initiative dazu von Deutschland ausgehen müsse. Das Parlament war überaus gut besucht. In der Diplomatenloge war Briand mit den meisten Mitgliedern der französischen Delegation anwesend. Ferner bemerkte man den italienischen und japanischen Botschafter und den schwedischen Gesandten.

Den eingehenden Bericht über die Debatte veröffentlichen wir auf der vierten Seite.

ch Paris, 11. März.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Petit Parisien“ erklärte Lloyd George, die Deutschen hätten selbst den Bruch verschuldet. Ihre Ungeschicklichkeit findet ihre Erklärung nur in ihrer Verblendung. Es sei den Alliierten dabei nur übrig geblieben, zu handeln.

Die Lage in Deutschland kompliziere sich sehr dadurch, daß die Deutschen noch keinen „starken Mann“ gefunden hätten. Dr. Simons sei sehr intelligent und sehr ehrlich, aber nicht stark genug. Weder während des Krieges noch seit dem Waffenstillstand habe Deutschland einen Führer gehabt, der fähig gewesen wäre, die Nation zu entflammen und zu leiten, wie es Gambetta getan habe oder Thiers. Es habe nur Techniker oder Grubenbesitzer wie z. B. Hugo Stinnes. Es wäre besser, mit einem Lande zu tun zu haben, das von einem starken Kopf geleitet werde.

### Die Amerikaner im Rheinland.

Paris, 11. März.

Aus Washington erfährt „Havas“, der Kriegssekretär habe gestern bekanntgegeben, daß das Verhältnis der amerikanischen Truppen im Rheinland unverändert bleibe und daß dem Oberbefehlshaber General Allen keine neuen Instruktionen übersandt worden seien.

(Siehe auch 2. und 4. Seite.)

### Das Gut Friedrich Leopolds.

Zu der Uebernahme der Herrschaft Flatow-Krojanke des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen in staatliche Verwaltung wird vom preussischen Finanzministerium erklärt: Die Herrschaft Flatow-Krojanke werde nicht in rationaler Weise betrieben. In dem 60 000 Morgen großen Waldgut seien zahlreiche Holzschläge vorgenommen worden, ohne daß eine Wiederaufforstung erfolgte, weil bei dem herrschenden Schlenbrian die Geldmittel fehlten. Der Erlös aus den Holzverkäufen wurde von dem Prinzen für seinen Haushalt in Lugano verbraucht. Nach den Darstellungen des Vertreters des Finanzministeriums ist dieser Haushalt überaus verschwenderisch geführt worden. Der Prinz hat aus seinen Besitztümern in den ersten beiden Monaten dieses Jahres über 1½ Millionen Mark erhalten und hat trotzdem noch im Laufe eines Jahres etwa 1 Million Schweizer Franken Schulden gemacht. Vom Finanzministerium wird ferner behauptet, der Prinz habe den Versuch unternommen, Silber aus seiner Hofhaltung in Glentide nach der Schweiz zu bringen. Die Kisten seien aber in München angehalten und beschlagnahmt worden.

### Freigabe des bayerischen Fremdenverkehrs?

Wie die „M. N.“ erfahren, wird das bayerische Verkehrsministerium auf der am 12. März in Heidelberg stattfindenden Besprechung der süddeutschen Länder sowie Thüringens über die Regelung des Fremdenverkehrs im Sommer 1921 für Beilegung aller Verkehrshemmungen und besonders für Aufhebung der Beizenkontingentierung der Gasthöfe und Fremdenheime eintreten.

## Die Revolution in Russland.

Ausbreitung der Bewegung.

Die Leser der „Wossischen Zeitung“ sind auf dem Laufenden über die Ereignisse, die sich um Petersburg abspielen: Diese Ereignisse haben die Aufmerksamkeit Europas auf sich gelenkt und werden durch die gesamte Presse, selbstverständlich, mit Ausnahme der von Moskau finanzierten Zeitungen, ungefähr übereinstimmend beurteilt. Diese Ereignisse haben tatsächlich eine ganz außerordentliche Bedeutung. Mit ihnen beginnt eine neue Etappe in der Entwicklung der russischen Revolution.

In der „Wossischen Zeitung“ wurde vor kurzem eine Analyse der Lage in Russland gegeben und das Verhältnis einzelner Bevölkerungsklassen zu der bolschewistischen Herrschaft skizziert. Wir sahen, daß es in Russland keine Klasse gibt, die an der Erhaltung des bolschewistischen Regimes interessiert wäre. Im Gegenteil, das weitere Bestehen der bolschewistischen Regierung geriet in einen unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen sowohl des Bauerntums, als auch der Arbeiterklasse. Die Lage der Industrie, die noch von den Resten der aus vorrevolutionärer Zeit übriggebliebenen Vorräte lebte, war mehr als katastrophal. Die Katastrophe war schon da.

Am kritischsten war die Lage der Brennstoffversorgung und des Transportwesens. Die Leistungsfähigkeit der Kohlenindustrie fiel bis zum Minimum. Die Arbeitsbedingungen in den Kohlenwerken waren unerträglich. In der „Krasnaja Gazeta“ vom 12. Februar ist ein Brief der Donezer Kohlenarbeiter an Lenin veröffentlicht. In diesem Brief schreiben die Arbeiter, daß sie 30 000 Pud Anthrazit für Moskau bereit halten, welche noch im Juni des vergangenen Jahres gefördert wurden, aber während eines halben Jahres nicht nach Moskau abtransportiert werden konnten, weil die dazu nötigen Güterwagen fehlten. „Wir arbeiteten“, schreiben die Kohlenarbeiter, „barfuß, halbnackt und halbverhungert. In den Schächten fehlen die Kessel, Maschinen, Pumpen, elektrische Beleuchtungsinstrumente usw.“ Unter solchen Bedingungen verlief die Arbeit im Donezbecken, dessen Förderungsanteil an der gesamten Kohlenförderung Russlands gegenwärtig etwa 70 Prozent beträgt. Noch schlimmer aber ist die Lage des Transportwesens, und die Abtransportierung der Kohle von den Kohlenbergwerken bleibt hinter der Förderung weit zurück.

Wie die „Prawda“ (Nr. 14) kürzlich mitteilte, gelang es, von den im Donezbecken im Laufe des Dez. 1920 geförderten 32 Millionen Pud nur etwa 15 Millionen Pud abzutransportieren. In derselben Lage waren auch die anderen Kohlenbecken; und nach der „Prawda“ betrug die Menge der noch nicht abtransportierten Kohlen „mehr, als für die Bedürfnisse der ganzen Republik geliefert wurde“. Die Folge davon ist die Lahmlegung der großen Zahl der Eisenbahnlinien, darunter solcher, die die Eisenbahnen des europäischen Russland mit denen Sibiriens verbinden. Jeder Personen- und Güterverkehr wurde auf einigen Duzend Eisenbahnlinien völlig stillgelegt. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Lage die Industriezentren des Landes dadurch gebracht wurden. Wie vor kurzem die „Krasnaja Gazeta“ (Nr. 13) mitteilte, erhielt Petersburg schon im September und Oktober des vergangenen Jahres weniger als die Hälfte und im November und Dezember nur ein Achtel der ihm zustehenden Kohlenmenge.

In den Fabriken waren keine Kohlenvorräte vorhanden, und die bolschewistische Regierung, die noch vor kurzem durch die Flucht der Arbeiter aus den Städten aufs Land beunruhigt war und die Zwangsrückkehr der Arbeiter in die Städte organisiert hatte, sah sich jetzt durch die Unmöglichkeit, selbst die Fabriken mit Heizmaterialien zu versorgen, gezwungen, die Fabriken zu schließen. In Petersburg allein wurden 94 Unternehmungen geschlossen. Offiziell wurde diese Schließung als vorübergehend und nur für kurze Frist erklärt. Aber nach Ablauf dieser Frist wurden die Fabriken nicht geöffnet.

Dieselben Gründe riefen eine scharfe Lebensmittelkrise hervor. Infolge der Störung der Lebensmittelzufuhr wurden die Privilegien der Arbeiter aufgehoben und diese, da sie die unerschwinglichen Preise nicht bezahlen konnten, waren auf sich selbst angewiesen. Die Stimmung der Arbeiterbevölkerung Moskaus, Petersburgs und anderer Städte zeigte, soweit man nach den uns vorliegenden Nachrichten beurteilen kann, das Bild einer völligen Verzweiflung. Arbeiterversammlungen nahmen einen stürmischen Verlauf. Die Regierung wurde auf das heftigste angegriffen, und den Vertretern der Bolschewisten verweigerte man das Wort. In einzelnen Fällen wurden die Kommissare höchst unzweideutig bedroht. Außer Versammlungen veranstalteten die Arbeiter Demonstrationen. In Moskau manifestierten ungeheure Massen von Arbeitern, die ihre Frauen und Kinder voranschickten und dadurch das für alle Zeit in der Geschichte Russlands verankerte Bild des „blutigen Sonntags“ — am 9. Januar 1905 — wiederholten, vor dem Kremel und forderten Brot und Freiheit.

Die Regierung vermied jeden Zusammenstoß. Die Truppen schossen nicht. Eine solche Haltung der bolschewistischen